

# Bundesrat macht Rückzieher

Rasa Entgegen ursprünglichen Plänen verzichtet der Bundesrat auf einen Gegenvorschlag

VON JONAS SCHMID UND DORIS KLECK

Das Volk soll das letzte Wort haben», sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga noch vor Weihnachten. Sie präsentierte damals zwei mögliche Gegenvorschläge zur Initiative «Raus aus der Sackgasse!» (Rasa). Das Ziel: den Normenkonflikt zwischen Verfassung und Ausführungsgesetz zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) wieder zu beseitigen.

Rasa selbst, die den Zuwanderungsartikel wieder aus der Verfassung entfernen will, lehnte der Bundesrat ab. Nur gerade fünf Monate später macht die Regierung einen Rückzieher: Sie verzichtet auf einen Gegenvorschlag. Sommaruga begründete den Entscheid mit den negativen Reaktionen in der Vernehmlassung. Manche Parteien hätten eigene Ideen für einen Gegenvorschlag lanciert. Diese lägen jedoch so weit auseinander, dass ein mehrheitsfähiger Vorschlag undenkbar sei. Es bringe daher nichts, wenn der Bundesrat stur an seinen Forderungen festhalte.

## Widerspruch ist «unschön»

Der Konflikt zwischen Verfassung und MEI-Ausführungsgesetz bleibt somit bestehen. Das sei «aus verfassungsrechtlicher Sicht unschön», räumte Sommaruga ein. Doch das Referendum gegen das MEI-Gesetz sei gescheitert. «Die Bevölkerung hat sich mit dem vom Parlament beschlossenen Arbeitslosen vorrang arrangiert», sagte die Justizministerin. Auch werde sich das Stimmvolk so oder so bald wieder zu Europa äussern können. Etwa bei der SVP-Selbstbestimmungsinitiative oder einem Volksbegehren zur Kündigung der Personalfreizügigkeit, das die nationalkonservative Auns angekündigt hat. Sommaruga hatte dem Vernehmen nach zuletzt Druck auf die Rasa-Initianten ausgeübt, um sie zu einem Rückzug zu bewegen. «Rasa war als Druckmittel wichtig, damit das Parlament die Masseneinwanderungsinitiative im Einklang mit der Freizügigkeit umsetzt», erklärte Sommaruga. Dieser Zweck sei nun erfüllt. Den Gefallen eines Rückzugs mochten ihr die Initianten bislang nicht machen.

## Druck auf Rasa-Initianten steigt

Offen ist, ob das Parlament selbst einen Gegenvorschlag ausarbeiten wird. Diskussionen darüber wird es in der Kommission geben - die Grünliberalen kündigten bereits an, dass sie an ihrem Vorschlag festhalten werden. Die Chancen sind jedoch gering. FDP-Präsidentin Petra Güssi möchte, dass die Frage der Freizügigkeit geklärt wird: «Allerdings ist es an der SVP, dem Volk diese Frage mit der Kündigungsinitiative zu stellen.» Sollte sich allerdings zeigen, dass die SVP nur eine Ankündigungs-



Die Rasa-Initiative hat laut Bundesrat ihren Zweck erfüllt.

LUKAS LEHMANN/KEYSTONE

## «Die Rasa-Initiative hat ihr Ziel erfüllt, sie schafft jetzt aber leider zunehmend mehr Probleme.»

Cédric Wermuth Nationalrat (SP/AG)

politik mache, müsse man einen Gegenvorschlag zu Rasa nochmals diskutieren.

Der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth findet den Entscheid des Bundesrates zwar mutlos, die SVP und die Auns hätten mit ihrer Kündigungs-Initiative jedoch einen europapolitischen Entscheid in Aussicht gestellt: «Deshalb ist ein Gegenentwurf zu Rasa nicht zwingend nötig.» Er zeigt sich aber offen für einen Gegenvorschlag, falls er «Fleisch am Knochen hat.» Überraschend deutlich distanzierte sich die SP in ihrem Communiqué von der Rasa-Initiative. Das Präsidium werde sich für eine Nein-Parole starkmachen. Mit dem Positionsbezug will die SP-Spitze wohl den Druck auf die Rasa-Initianten erhöhen, das Volksbegehren zu-

rückzuziehen. Wermuth hält es für verfrüht, zur Initiative Stellung zu beziehen. Auch er sagt aber: «Die Rasa-Initiative hat ihr Ziel erfüllt, sie schafft jetzt aber leider zunehmend mehr Probleme.»

CVP-Aussenpolitikerin Elisabeth Schneider-Schneiter käme der Rückzug der Initiative ebenfalls sehr gelegen: «Sonst müssen wir im Abstimmungskampf zusammen mit der SVP gegen die Initiative antreten. Das ist kontraproduktiv», sagt die Baselbieter Nationalrätin. Tatsächlich würde das Abstimmungsergebnis zu Rasa viel Raum für Interpretationen lassen. Die SVP machte gestern klar, dass eine Ablehnung der Rasa-Initiative die «notwendige Beschränkung der Masseneinwanderung» bestätigen würde.

## NACHGEFRAGT

### «Die völkerrechtlichen Pflichten einhalten»

INTERVIEW: JONAS SCHMID

### Herr Caroni, der Bundesrat will keinen Gegenvorschlag zu Rasa. Überrascht Sie das?

Andrea Caroni: Nein, die meisten Parteien zeigten sich grundsätzlich bereit für einen Gegenvorschlag. Mit den Vorschlägen des Bundesrats war aber nie-

## ZUR PERSON



Andrea Caroni (37) ist FDP-Ständerat. Er vertritt den Kanton Appenzell Ausserrhoden

mand zufrieden. Das machte es für diesen schwierig, einen Text zu präsentieren. Aber der Bundesrat ist nicht entscheidend. Das Parlament ist in der Lage, selber einen Vorschlag zu machen.

## Wie sieht Ihr Gegenvorschlag aus?

Der Zuwanderungsartikel bliebe unberührt. In den Übergangsbestimmungen soll aber die dreijährige Frist gestrichen werden, und ich will darin festhalten, dass das Ausführungsgesetz zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) die völkerrechtlichen Pflichten einhalten muss. Aussenpolitisch heisst das, dass der Bundesrat weiter verhandeln muss. Innenpolitisch bedeutet es, dass das Umsetzungsgesetz jeweils nur so weit gehen soll, wie es der aktuelle Stand der Verträge - wie auch die Bilateralen - gestattet.

## Weshalb braucht es überhaupt einen Gegenvorschlag?

Jedem ist klar, dass das MEI-Gesetz die Verfassung nicht vollständig umsetzt. Wir wissen nicht, ob der Souverän damit einverstanden ist. Rasa geht auf Tutti und will den Verfassungsaufrag vollständig widerrufen. Mein Vorschlag geht nicht so weit, sondern passt den Auftrag nur «minimal invasiv» an, sodass klar ist, dass die Bilateralen eingehalten werden sollen.

## Das Referendum gegen die MEI-Umsetzung ist auf wenig Echo gestossen. Reicht das nicht als Legitimation?

Die Parteien, die eine sanfte Umsetzung unterstützten, hatten logischerweise kein Interesse an einem Referendum. Die SVP verzichtete aus taktischen Gründen darauf. Wir wissen nicht, wo das Volk steht.

# Die Schweiz punktet in Brüssel

**EU-Streit** Ein internationales Schiedsgericht soll das Problem der fremden Richter entschärfen.

VON HENRY HABEGGER

Sie klang wie eine Art Durchbruch in den Verhandlungen der Schweiz und der EU: Die gemeinsame Position, die Bundespräsidentin Doris Leuthard und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang April in Brüssel darlegten. Die beiden Parteien hätten sich das Ziel gesetzt, so Juncker, bis Ende Jahr die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen abzuschliessen. Dieses soll quasi die bisherigen und kommende EU-Verträge laufend aktualisieren.

Jetzt zeigt sich etwas deutlicher, was der Hintergrund dieser Zuversicht ist: Die EU kam der Schweiz vor Ostern in zentralen Punkten entgegen, sagen Beobachter. Und zwar so, dass der Bundesrat die «roten Linien», die er sich selbst für die EU-Verhandlungen setzte, nicht werde überschreiten müssen.

Einer dieser Punkte betrifft die Frage, ob Streitigkeiten über Auslegungsfragen zur Suspendierung ganzer Verträge führen können. Die EU beharrte bisher auf dieser Guillotineklausel. Jetzt habe Brüssel nachgegeben, heisst es. Betroffen sollen nur noch die effektiv strittigen Bereiche sein. Ganze Abkommen sollen nicht mehr gefährdet sein.

## Die Tonalität hat sich geändert

Der zweite Punkt betrifft die innenpolitisch schwer umstrittene Frage der «fremden Richter», also die Mechanik der Streitbeilegung. Bisher war vorgesehen, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) bei Streitigkeiten über Auslegungsfragen entscheidet. Gestützt darauf entscheidet der Gemischte Ausschuss, zusammengesetzt aus gleich vielen Mitgliedern der Schweiz und der EU, über den Streit. Akzeptiert eine Partei das nicht, kann die andere «angemessene Ausgleichsmassnahmen» ergreifen. Neu will die EU der Schweiz zugeste-

hen: An den Schluss der Kette soll noch ein internationales Schiedsgericht kommen. Es soll auf Antrag einer Partei prüfen, ob die Ausgleichsmassnahmen verhältnismässig sind oder nicht. Das Schiedsgericht wäre zusammengesetzt aus einem Richter der Schweiz, einem aus der EU und einem aus einem Drittstaat.

Diese Zugeständnisse erreichte dem Vernehmen nach der Schweizer EU-Chefunterhändler Jacques de Watteville wenige Tage vor der Leuthard-Reise nach Brüssel. Insgesamt, so heisst es, habe der Brexit die Tonalität der EU gegenüber der Schweiz nicht verhärtet, sondern letztlich im Gegenteil eher weichgespült. Offenbar spielen übergeordnete strategische Überlegungen mit. Im Hinblick auf die Brexit-Verhandlungen hat die EU ein Interesse daran, sich als fairer und jedenfalls nicht ideologisch-sturer Verhandlungspartner darzustellen.

Wie auch immer, die Stimmen mehrren sich, die sagen: Die Schweiz kann,

wenn sie denn will, noch dieses Jahr ein gutes und innenpolitisch mehrheitsfähiges EU-Verhandlungsergebnis vorweisen, das die Bilateralen sichert. Aussenminister Didier Burkhalter, Bundespräsidentin Doris Leuthard und Co. wären demnach also gewissermassen auf der Ziellinie.

## Showdown im Frühsommer

Stimmt diese Einschätzung, würde das wohl auch erklären, warum die SVP-nahen Zeitungen «Weltwoche» und «Basler Zeitung» derzeit mit aussergewöhnlicher Vehemenz gegen die Verhandlungen anschreiben: Wenn ein erfolgreicher Verhandlungsabschluss noch verhindert werden kann, dann jetzt. Erst gestern verlangte die «BaZ» unter dem Titel «Besser ein Ende mit Schrecken», der Bundesrat müsse «die Übung abbrechen». Will heissen, das Rennen annulliert, bevor die Akteure die Ziellinie passieren.

Und der Wettstreit geht jetzt tatsächlich in die Schlussphase. Denn noch vor den Sommerferien will der Bundesrat den Grundsatzentscheid fällen, ob er die Verhandlungen abschliessen oder aber abbrechen will.

## Seitenblick

Schawinski stellt Projer in den Senkel

## «Eine Grenze überschritten»

Die SRF-Sendung «Arena» vom 24. Februar über die Glaubwürdigkeit der Medien hat eine Rekordzahl an Beschwerden ausgelöst. Die Sendung mit dem Auftritt des Historikers Daniele Ganser beschäftigt auch den Medienpionier und SRF-Talkmaster Roger Schawinski. In seiner Kolumne im Online-Portal «Personlich.com» kritisiert er, dass der umstrittene Historiker in die Sendung überhaupt eingeladen wurde. Eine mit rationalen Argumenten geführte Diskussion mit Verschwörungstheoretikern sei unmöglich, so Schawinski. Die gewieften «Verschwörungstheorien-Stars» können nicht nur bei ihrer Gemeinde positive Emotionen wecken, sondern auch Zweifler verunsichern. Der TV-Mann weiss: Sendungen wie die «Arena» leben auch immer davon, dass nicht immer dieselben Gesichter dieselben Parolen absondern. Aber im Gegensatz zu einer Ex-Miss höre bei Verschwörungstheoretikern der Spass auf, so der 71-Jährige. Hier würden mit anderen Worten die Grenzen überschritten. (ASC)